

# Piratenpartei Brandenburg

Landesparteitag 2014.1

5. und 6. April 2014 in Löwenberg

## Inhaltsverzeichnis

Satzungsänderungsanträge.....	3
SÄ001 – Antragsfrist auf 4 Wochen verkürzen.....	3
SÄ002 - Antragsfrist auf 3 Wochen verkürzen.....	3
SÄ003 - Neufassung §2 (2) Landessatzung.....	3
SÄ004 - Einfügung eines Paragrafen 30a "Schutzbestimmungen für Wahlen und Abstimmungen"	
.....	4
Grundsatzprogrammänderungsanträge.....	7
GP001 - Respekt bei der politischen Auseinandersetzung (zurückgezogen).....	7
GP002 - Respekt bei der politischen Auseinandersetzung.....	7
Wahlprogrammänderungsanträge.....	8
WP001 - Übernahme WP004 in das Wahlprogramm.....	8
WP002 - Wahlprogramm der Piraten Brandenburg.....	8
WP003 - Attraktive Ansiedlungsbedingungen für Ärzte im ländlichen Raum schaffen.....	8
WP004 - Barrierefreier ÖPNV.....	9
WP005 - BER aufgeben! Nachnutzungskonzept! Neues Standortsuchverfahren!.....	9
WP006 - Lärmschutz für den BER.....	10
WP007 - Nachtflugverbot für den BER.....	11
WP008 - Keine weitere Landebahn für den BER.....	11
WP009 - Änderungsantrag zu WP005 - "BER aufgeben Nachnutzungskonzept! Neues Standortsuchverfahren!".....	11
WP010 - Änderungsantrag zu "Verkehrspolitik im Land Brandenburg".....	12
WP011 - Änderungsantrag zu "Erforschung und Einsatz alternativer ÖPNV-Modelle".....	12
WP012 - Poker.....	13
WP013 - Wahlprogramm der Piraten Brandenburg - Bildungspolitischer Teil.....	14
WP014 - Leichte Überarbeitung des beschlossenen Bildungsprogrammes (4 Module).....	14
WP015 - Seniorenbetreuung für Brandenburg.....	18
WP016 - Seniorenbetreuung für Brandenburg.....	18
WP017 - Änderung Bildungspolitisches Programm in Bezug auf Medienerziehung.....	19
WP018 – einheitliche gesetzliche Haftpflicht für Hebammen.....	20
Sonstige Anträge.....	21
X001 - Keinen Datenpool schaffen.....	21
X002 - Beitragseinzug durch den Landesverband.....	21
X003 - Einrichtung einer ständigen Redaktionskommission.....	21
X004 - Unterstützung der internationalen Koordination.....	22
X005 - LSM.....	22
X006 - Unfallversicherung abschließen.....	22
X007 - Beisitzer für den Landesvorstand wählen.....	22

X008 - Barrierefreie Veranstaltungen der PIRATEN Brandenburg.....	23
X009 - Ablehnung von Gewalt und Gewaltverherrlichenden Aktionen.....	23
X010 - Themenauswahl zur Landtagswahlkampagne (Approval Voting).....	23
X011 - legitime Protestformen: Sit-ins und (Sitz-)blockaden.....	24
X012 - Lizenzen anpassen.....	24
Positionspapiere.....	26
Q001 - Energieleitbild 2034.....	26
Q002 - Zukunft(s) Land Brandenburg.....	28
Q003 - Modernes Abi.....	31

## Satzungsänderungsanträge

### SÄ001 – Antragsfrist auf 4 Wochen verkürzen

Antragssteller: Markus Hoffmann

**Antragstext:**

In § 15, Absatz 1 der Landessatzung soll "fünf" durch "vier" ersetzt werden

Fassung bei Annahme des Antrages:

(1) Satzungs- und Programmänderungsanträge sowie Anträge, die auf die Tagesordnung des nächsten Landesparteitages gesetzt werden sollen, können jederzeit gestellt werden, spätestens jedoch sind sie vier Wochen vor Tagungsbeginn des kommenden Parteitages einzureichen.

**Begründung:**

Vier Wochen Frist für die Einreichung von Anträgen ist genug. Parteimitglieder können sich über das Internet rechtzeitig informieren, eine Druckausgabe des Antragsbuchs mit Andruck e.t.c. wird ohnehin nicht erstellt. Durch die Verkürzung der Frist gibt es mehr Möglichkeiten, auch aktuellere Anträge einzureichen.

### SÄ002 - Antragsfrist auf 3 Wochen verkürzen

Antragssteller: Markus Hoffmann

**Antragstext:**

In § 15, Absatz 1 der Landessatzung soll "fünf" durch "drei" ersetzt werden

Fassung bei Annahme des Antrages:

(1) Satzungs- und Programmänderungsanträge sowie Anträge, die auf die Tagesordnung des nächsten Landesparteitages gesetzt werden sollen, können jederzeit gestellt werden, spätestens jedoch sind sie drei Wochen vor Tagungsbeginn des kommenden Parteitages einzureichen.

**Begründung:**

Drei Wochen Frist für die Einreichung von Anträgen ist genug. Parteimitglieder können sich über das Internet rechtzeitig informieren, eine Druckausgabe des Antragsbuchs mit Andruck e.t.c. wird ohnehin nicht erstellt. Durch die Verkürzung der Frist gibt es mehr Möglichkeiten, auch aktuellere Anträge einzureichen.

### SÄ003 - Neufassung §2 (2) Landessatzung

Antragssteller: Herr Zeh, Montezuma

**Antragstext:**

Der Paragraf §2 (2) der Landessatzung wird wie folgt neugefasst (neue Bestandteile fett markiert):

"§ 2 Mitgliedschaft (1) Mitglieder des Landesverbandes sind die Mitglieder der Piratenpartei Deutschland, die ihren Wohnsitz im Bundesland Brandenburg haben.

(2) Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand der niedrigsten Gliederung nach Zustimmung des Landesvorstandes. Diese gilt als erteilt, wenn der Landesvorstand sich nicht innerhalb von 14 Tagen zum Aufnahmeantrag äußert. **Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen niedrigster Gliederung und Landesvorstand entscheidet das Landesschiedsgericht über die Aufnahme.** Besteht keine den Beitrittsort umfassende Gliederung, so entscheidet der Landesvorstand. Die nachfolgenden Gliederungen können die Entscheidung über die Aufnahme von Mitgliedern dem Landesverband übertragen. Der Landesvorstand entscheidet dann im Einvernehmen mit den Vorständen der Gliederungen.

(3) Gegen die Ablehnung der Aufnahme kann der Antragsteller bei der Mitgliederversammlung des Landesverbandes Widerspruch einlegen, die abschließend entscheidet.

(4) Im Übrigen gelten die §§ 2, 3 und 5 der Bundessatzung in ihrer jeweils geltenden Fassung.

(5) Sämtliche in dieser Satzung verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für Menschen jeden Geschlechts, ungeachtet der jeweils, zur Vereinfachung der Lesbarkeit, gewählten generischen Femina, Maskulina oder Neutra."

#### **Begründung:**

Durch die Ergänzung der Landessatzung in § 2 um den Satz:

- "Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen niedrigster Gliederung und Landesvorstand entscheidet das Landesschiedsgericht über die Aufnahme."

werden Streitigkeiten über die Aufnahme von Mitgliedern auf das Landesschiedsgericht verlagert. Die Entscheidung von Streitigkeiten ist die originäre Aufgabe des Landesschiedsgerichtes.

## **SÄ004 - Einfügung eines Paragrafen 30a "Schutzbestimmungen für Wahlen und Abstimmungen"**

**Antragssteller:** Tojol

#### **Antragstext:**

Der Landesparteitag möge beschließen: Die Landessatzung wird um einen Paragrafen 30a ergänzt, der aus folgenden Modulen aufgebaut wird:

#### **Modul 1**

Bei geheimen Wahlen und Abstimmungen auf Landesparteitagen oder Online-Parteitagen sind mindestens die demokratischen Standards zu erfüllen, die für geheime Wahlen und Abstimmungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene durch das Grundgesetz gelten.

#### **Modul 2**

Bei nicht geheimen Wahlen und Abstimmungen muß der Wähler oder der Abstimmende persönlich als stimmberechtigt identifizierbar sein.

#### **Modul 3**

Werden digitale Hilfsmittel zur Akkreditierung, Stimmabgabe oder Auswertung der abgegebenen Stimmen eingesetzt, muß sichergestellt werden, daß jeder Schritt nachvollziehbar erfolgt und auf

Anforderung eines einzelnen Piraten durch analoge Hilfsmittel überprüft werden kann. Bei geheimen Wahlen und Abstimmungen ist dabei sicherzustellen, daß das Wahlgeheimnis in jedem Schritt gewahrt bleibt.

**Begründung:**

**zu Modul 1**

Dieses Modul hebt insbesondere auf das Wahlcomputer-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ab (<https://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-019.html>, [https://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/cs20090303\\_2bvc00030\[...\]](https://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/cs20090303_2bvc00030[...].)), das die Verwendung bereits eingesetzter Wahlcomputer aufgrund der mangelnden Nachvollziehbarkeit für die Einhaltung des Schutzes vor Manipulationen untersagt hat.

Die Formulierung ist bewußt offen gehalten und regelt ungeachtet regulatorischer Vorgaben den Rahmen, in denen innerparteiliche geheime Wahlen und Abstimmungen möglich sind – auch im Hinblick auf die Wirkung nach außen.

Dieser Teilantrag ist als Abschnitt (1) in einem neuen Paragraph 30a „Schutzbestimmungen für Wahlen und Abstimmungen“ in der Landessatzung einzufügen.

**zu Modul 2**

Dies ist bei herkömmlichen Offline-Parteitagen der Fall. Bei dezentralen Teilversammlungen genügt hierzu die Identifizierung durch die lokalen Akkreditierungsbeauftragten. Bei rein rechnergestützter Kommunikation kann eine solche Identifizierung durch unmittelbare akustische Reaktion auf Rückfragen (Stimmerkennung durch andere Piraten) hinreichend sein, wenn diese nachvollziehbar dokumentiert ist und im Nachhinein angefochten werden kann.

Auch hier ist nur eine Mindestanforderung formuliert. Konkrete Ausführungsbestimmungen sind in der jeweiligen Geschäftsordnung festzulegen.

Dieser Teilantrag ist als Abschnitt (2) in einem neuen Paragraph 30a „Schutzbestimmungen für Wahlen und Abstimmungen“ in der Landessatzung einzufügen.

**zu Modul 3**

Dies ist eine Quintessenz aus dem Wahlcomputerurteil, das die Verwendung von technischen Hilfsmitteln nicht untersagt, sondern wirksame Schranken gegen Manipulationen einfordert. Insbesondere ist es nicht hinnehmbar, auf die erwartete Funktion der eingesetzten Soft- und Hardware und auf die Zuverlässigkeit der mit der Durchführung der Wahl oder Abstimmung Beauftragten zu vertrauen.

Konkrete Ausführungsbestimmungen sind in der jeweiligen Geschäftsordnung festzulegen.

Dieser Teilantrag ist als Abschnitt (3) in einem neuen Paragraph 30a „Schutzbestimmungen für Wahlen und Abstimmungen“ in der Landessatzung einzufügen.

**Anmerkung zum modularisierten Antrag:**

Der Antrag kann als Ganzes abgestimmt werden; stimmt der LPT ihm nicht als Ganzes zu, sind die Module einzeln abzustimmen.

Der Antragsteller erklärt sich vorab mit sinnerhaltenden Änderungen einverstanden, ebenso mit einer Verankerung an anderen als den vorgeschlagenen Stellen in der Landessatzung.

## Grundsatzprogrammänderungsanträge

### GP001 - Respekt bei der politischen Auseinandersetzung (zurückgezogen)

Antragssteller: XHecke

**Antragstext:**

....oder anderen Merkmalen. Die Piratenpartei setzt sich für die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention ein. ...

**Begründung:**

Wenn wir von den Menschenrechten sprechen, dann sollten wir auch einen kleinen Hinweis auf die Rechte von Menschen mit Behinderung geben. Ihre - für Menschen ohne Behinderung- selbstverständlichen Rechte sind längst nicht selbst selbstverständlich.

Zur Information:

[http://de.wikipedia.org/wiki/UN-Konvention\\_über\\_die\\_Rechte\\_von\\_Menschen\\_mit\\_Behinderungen](http://de.wikipedia.org/wiki/UN-Konvention_über_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen)

==> im Antragsportal GP002

### GP002 - Respekt bei der politischen Auseinandersetzung

Antragssteller: Markus Hoffmann

**Antragstext:**

Hiermit wird beantragt, am Ende der Präambel des Landesprogrammes folgendes einzufügen:

Wir Piraten in Brandenburg distanzieren uns von gewalttätigen Handlungen sowie menschenverachtenden und kriegsverherrlichenden Äußerungen. Wir distanzieren uns aber auch von Aktionen gegen Menschen mit anderen, auch radikal anderen politischen Ansichten, wenn diese Aktionen bewusst auch darauf ausgerichtet sind, diese Menschen in ihrer Persönlichkeit zu verletzen. Wir Piraten in Brandenburg sind grundsätzlich bereit zum Dialog mit allen, die auf gewalttätige Handlungen sowie menschenverachtende und kriegsverherrliche Äußerungen verzichten.

**Begründung:**

Wir bekommen hier eine Grundlage, die klar machen soll, wo die Grenzen des Protestes sind und dass wir es auch bei unseren schärfsten politischen Gegnern mit Menschen zu tun haben. Es ist ein klares Bekenntnis zu einer Politik des Dialoges, wenn grundlegende, gewaltlose Verhaltensnormen eingehalten werden.

Da dies eine grundlegende Position und Basis unseres politischen Schaffens sein soll ist das Grundsatzprogramm der richtige Ort dafür.

==> im Antragsportal GP004

## Wahlprogrammänderungsanträge

### WP001 - Übernahme WP004 in das Wahlprogramm

Antragssteller: Bastian

**Antragstext:**

Der Landesverband Brandenburg übernimmt den Antrag WP004 auch in sein Wahlprogramm.

**Begründung:**

(Redaktionell: Beschlossen auf dem Bundesparteitag 2014.1 in Bochum)

Auf dem Bundesparteitag in Bochum wurde der Antrag WP004 beschlossen. Dies ist ein Wahlprogrammantrag für die Europawahl. Allerdings sind auch viele Elemente enthalten, die weiterhin – insbesondere für die Landtagswahl 2014 – zielführend sind.

[https://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2014.1/Antragsportal/WP004](https://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2014.1/Antragsportal/WP004)

### WP002 - Wahlprogramm der Piraten Brandenburg

Antragssteller: Bastian, skFF, Geka, , Dreamman72

**Antragstext:**

Den Antragstext bitten wir hier [Wahlprogramm LVVBB2014 Revision der RKBB](#) zu ersehen, da die Darstellung die Möglichkeiten des Antragsportals übersteigen.

**Begründung:**

Die Anträge wurden in ungeordneter Reihenfolge beschlossen, teilweise überschneiden sich die Beschlüsse oder es gab Gegensätze, die aufgelöst werden müssen. Darüber hinaus war die Schreibweise fester Begriffe unterschiedlich und es waren eine Vielzahl an Rechtsschreibfehlern zu korrigieren.

[==> Die Datei ist ebenfalls auf der Seite des Landesparteitags 2014.1 und auf der Brandenburger Website neben dem Antragsbuch zu finden.](#)

### WP003 - Attraktive Ansiedlungsbedingungen für Ärzte im ländlichen Raum schaffen

Antragssteller: XHecke

**Antragstext:**

..... die ein Leben auf dem Land attraktiv macht.

Die Piratenpartei wird sich dafür einsetzen, dass attraktive Ansiedlungsbedingungen für Ärzte im ländlichen Raum geschaffen werden.

**Begründung:**

Die ärztliche Versorgung gehört zur Daseinsvorsorge. Die Landesregierung hat die Aufgabe, diese Versorgung unter Zuhilfenahme von besonderen Ansiedlungsbedingungen für Ärzte die sich im

ländlichen Raum niederlassen wollen, sicherzustellen.

## WP004 - Barrierefreier ÖPNV

**Antragssteller:** XHecke

**Antragstext:**

Verkehrspolitik:

.... welche die Lebensqualität verbessern.

Der ÖPNV ist generell barrierefrei zu gestalten. Das gilt auch für Subunternehmer, welche die kommunalen Anbieter bei weniger frequentierten Strecken unterstützen (Anrufsammeltaxi und Rufbus).

**Begründung:**

Bei geringer Auslastung von Linien beauftragen die kommunalen Anbieter gerne Subunternehmer mit ihren Kleinbussen. Diese sind nur in Ausnahmefällen barrierefrei. Das bedeutet für Menschen mit Behinderungen, dass sie in ihrer Mobilität eingeschränkt werden. Eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, ist damit nicht gewährleistet.

## WP005 - BER aufgeben! Nachnutzungskonzept! Neues Standortsuchverfahren!

**Antragssteller:** Tojol für AG Bauen, Infrastruktur + Landtagskandidat\*innen

**Antragstext:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für folgende Punkte ein:

1. Der BER wird als Zentralflughafen am bisherigen Standort Schönefeld Süd aufgegeben. Der Zustand erweist sich als ein planerisches Desaster und finanziell als Faß ohne Boden. Am derzeitigen Standort ist eine nachhaltige Perspektive nicht gegeben.
2. Ein Betrieb als Flughafen soll erfolgen, bis an einem geeigneten Standort ein Zentralflughafen eröffnet wird. Ein weiterer Ausbau wird abgelehnt. Für das Gelände des BER ist mit Bürgerbeteiligung ein nachhaltiges Konzept zur Weiternutzung zu erstellen.
3. Es muss mit maßgeblicher Beteiligung der Brandenburger Bürger ein neues, transparentes und ergebnisoffenes Standortsuchverfahren für einen Zentralflughafen durchgeführt werden.
4. Die Piratenpartei Brandenburg fordert einen echten Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung des BER-Desasters, nach Berliner Vorbild - transparent und bürgernah.
5. Die Piratenpartei Brandenburg fordert eine schlüssige Veröffentlichung aller durch den Flughafenbau und die Verschiebung der Öffnung verursachten öffentlichen Verpflichtungen einschließlich der Schadenersatzaufwendungen sowie eine Aufgliederung, zu wessen Lasten und in

welchem Zeitraum die Verpflichtungen abzulösen sind und welche zusätzlichen Belastungen der Steuerzahler Berlins, Brandenburgs und des Bundes bzw. der Flugpassagiere damit verbunden sind.

**Begründung:**

Der BER hat inzwischen über 5 Milliarden Euro gekostet. Das Land Brandenburg ist mit 37% Anteilseigner an allen Kosten beteiligt.

Noch heute gibt es keinen konkreten Eröffnungstermin für den Flughafen.

Der Aufsichtsrat ist absolut inkompetent, weil er nichts von Bauangelegenheiten versteht.

Das bedeutet, dass niemand tatsächlich nachvollziehen und kontrollieren kann, was von Herrn Mehdorn und Co. behauptet wird.

Die Kosten steigen derweil immer weiter.

Bereits jetzt ist klar, dass der Großflughafen in den nächsten Jahrzehnten keine Gewinne einbringen wird.

Außerdem gibt es mehrere Stimmen, die behaupten dass die jetzige bauliche Ausstattung des Flughafen nicht ausreicht, um die Passagierzahlen aufnehmen zu können, die notwendig sind um überhaupt jemals in die Gewinnzone zu kommen.

Viele Unbekannte und jede Menge verbranntes Geld in ein Fass ohne Boden.

Damit muss Schluss sein. Das Projekt BER muss sofort aufgegeben werden.

**Erläuterung:**

Dieser Antrag wurde am 26. Februar 2014 bei einer gemeinsamen Sitzung der Landtagskandidaten und der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur entwickelt.

Der Antrag kann als Ganzes abgestimmt werden. **Bei einer Ablehnung als Ganzes mögen die einzelnen nummerierten Abschnitte als Module einzeln abgestimmt werden.**

## WP006 - Lärmschutz für den BER

**Antragssteller:** Tojol für AG Bauen, Infrastruktur + Landtagskandidat\*innen

**Antragstext:**

Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass die erforderlichen Schallschutzmaßnahmen von einer unabhängigen, paritätisch besetzten Instanz festgelegt werden. Dieses Gremium weist die Flughafengesellschaft an, auf ihre Kosten die Maßnahmen umzusetzen und kontrolliert deren Umsetzung.

Die Schallschutzmaßnahmen sind zügig und in vollem -vom Planfeststellungsbeschluss geforderten- Umfang durchzuführen.

Hierbei sind öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Gesundheitseinrichtungen besonders zu berücksichtigen.

Der Flughafen darf erst eröffnet werden, wenn alle diese Maßnahmen nachweislich umgesetzt oder verbindlich geplant sind. Das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) ist von der Landesregierung zu beauftragen, umgehend belastbares Zahlenmaterial zum Immissionsschutz zu erarbeiten bzw. dieses freizugeben. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Klarstellungsantrag der Flughafengesellschaft, der auf eine Änderung des Planfeststellungsverfahren

abzielt, vom 19.04.2012 zurückzuweisen.

**Begründung:**

Dieser Antrag wurde am 26. Februar 2014 bei einer gemeinsamen Sitzung der Landtagskandidaten und der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur entwickelt. Er basiert maßgeblich auf dem Positionspapier <https://wiki.piratenbrandenburg.de/Positionspapier/25>.

## WP007 - Nachtflugverbot für den BER

**Antragssteller:** Tojol für AG Bauen, Infrastruktur + Landtagskandidat\*innen

**Antragstext:**

Die Piratenpartei Brandenburg fordert aufgrund der erheblichen, gesundheitsgefährdenden Lärmelastung ein striktes Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 für den BER (einige Ausnahmen bilden Rettungsflüge). Sie fordert die Landesregierung auf, umgehend ein entsprechendes Nachtflugverbot zu verfügen.

**Begründung:**

Dieser Antrag wurde am 26. Februar 2014 bei einer gemeinsamen Sitzung der Landtagskandidaten und der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur entwickelt. Er basiert maßgeblich auf dem Positionspapier <https://wiki.piratenbrandenburg.de/Positionspapier/25>.

## WP008 - Keine weitere Landebahn für den BER

**Antragssteller:** Tojol für AG Bauen, Infrastruktur + Landtagskandidat\*innen

**Antragstext:**

Die Piratenpartei Brandenburg spricht sich gegen einen Ausbau des Flughafens BER um eine weitere Start- und Landebahn aus. Sie fordert die Beibehaltung des BER als "Regionalflughafen" gemäß Planfeststellungsbeschluss.

**Begründung:**

Dieser Antrag wurde am 26. Februar 2014 bei einer gemeinsamen Sitzung der Landtagskandidaten und der AG Bauen, Verkehr und Infrastruktur entwickelt. Er basiert maßgeblich auf dem Positionspapier <https://wiki.piratenbrandenburg.de/Positionspapier/25>.

## WP009 - Änderungsantrag zu WP005 - "BER aufgeben Nachnutzungskonzept! Neues Standortsuchverfahren!"

**Antragssteller:** Tojol

**Antragstext:**

Der beschlossene Antrag "BER aufgeben! Nachnutzungskonzept! Neues Standortsuchverfahren!" möge im ersten Abschnitt (Modul) in folgende Formulierung geändert werden:

1. Der BER wird als Zentralflughafen am bisherigen Standort Schönefeld Süd aufgegeben. Er ist ein planerisches Desaster und finanziell ein Faß ohne Boden. Am derzeitigen Standort ist eine nachhaltige

Perspektive nicht gegeben.

**Begründung:**

Der zweite Satz ist in der ursprünglichen Formulierung holperig und ohne zusätzlichen Informationsgehalt.

## WP010 - Änderungsantrag zu "Verkehrspolitik im Land Brandenburg"

**Antragssteller:** Tojol

**Antragstext:**

Der ursprüngliche, beschlossene, Text möge in folgende Form überführt werden:

Durch die wirtschaftliche Entwicklung, den demographischen Wandel und die Besiedelung in einem Flächenland ergeben sich für den Verkehr in Brandenburg besondere Herausforderungen. Diese können nur durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten bewältigt werden. Zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik gehört unter anderem der Ausbau klimafreundlicher Verkehrsangebote und die Schaffung städtischer und ländlicher, vor allem flächendeckender Verkehrsinfrastrukturen, welche die Lebensqualität auch für Menschen mit körperlichen Einschränkungen verbessern. Die Zusammenarbeit über kommunale und regionale Grenzen - auch mit den Nachbarländern - ist dabei zu intensivieren. Die Piraten Brandenburg wollen länder- undstaatenübergreifende Nahverkehrsverbindungen fördern.

**Begründung:**

Im zweiten Abschnitt ist im letzten Satz "auch für Menschen mit körperlichen Einschränkungen" eingefügt worden.

Hiermit wird ein Defizit im ursprünglichen Text beseitigt.

ursprüngliche Fassung:

[https://wiki.piratenbrandenburg.de/KOKOBB/Redaktionskommission/Treffen#Verkehrspolitik\\_im\\_Land\\_Brandenburg](https://wiki.piratenbrandenburg.de/KOKOBB/Redaktionskommission/Treffen#Verkehrspolitik_im_Land_Brandenburg)

## WP011 - Änderungsantrag zu "Erforschung und Einsatz alternativer ÖPNV-Modelle"

**Antragssteller:** Tojol

**Antragstext:**

Der ursprüngliche, beschlossene, Text möge in folgende Form überführt werden:

Der derzeitige ÖPNV und seine unflexiblen Fahrpläne entsprechen - insbesondere im ländlichen Raum - immer weniger den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Die Piraten Brandenburg unterstützen die Erforschung und den vorerst probeweisen, später regelmäßigen Einsatz alternativer ÖPNV-Modelle.

Hierzu gehört zudem die flexible Nutzung kleinerer Fahrzeuge, wie Rufbusse oder Taxis. Zusätzlich

sollen Möglichkeiten untersucht werden, ob und wie private PKW-Fahrer auf freiwilliger Basis als Leistungserbringer einbezogen werden können. Hierbei sind durch wirksame Maßnahmen bei nicht nur sporadischen Angeboten die Belange von Menschen mit körperlichen Eingeschränkungen sicherzustellen.

Diese Modelle sind durch Forschungsvorhaben zu begleiten und sollen verstärkt die Möglichkeiten des Internets nutzen.

**Begründung:**

Im zweiten Abschnitt ist der letzte Satz hinzugefügt worden.

Hiermit wird ein Defizit im ursprünglichen Text beseitigt.

Das "nicht nur sporadisch" zieht auf alle Anbieter, die regelmäßige Leistungen anbieten, sei es als Individuum oder wie auch immer geartete Organisation. Die Ausnahmeregelung für "sporadische Anbieter" soll es ermöglichen, auch ad hoc Angebote zu schaffen, die nicht lange geplant sind. Als Möglichkeiten sind zB. wirksame Ausgleichsabgaben möglich (analog zu <https://de.wikipedia.org/wiki/Ausgleichsabgabe>) und/oder aber ausreichende Förderungen zur Anschaffung entsprechender Fahrzeuge. Die konkrete Ausgestaltung und Abgrenzung ist bewusst offen gelassen.

ursprüngliche Fassung:

[https://wiki.piratenbrandenburg.de/KOKOBB/Redaktionskommission/Treffen#Erforschung\\_und\\_Einsatz\\_alternativer\\_C3.96PNV-Modelle](https://wiki.piratenbrandenburg.de/KOKOBB/Redaktionskommission/Treffen#Erforschung_und_Einsatz_alternativer_C3.96PNV-Modelle)

## WP012 - Poker

**Antragssteller:** Dreamman72

**Antragstext:**

Die Piraten Brandenburg setzen sich dafür ein Poker als Strategiespiel anzuerkennen. Wir sind für einen Legalisierung des Live- und Onlinepokerspiels unter klar definierten Regeln deswegen sind wir für die Schaffung einer Kommission zur Ausarbeitung entsprechender Gesetze und Lizenzbedingungen. Die Lizenzen müssen für Gastwirte und Veranstalter erschwinglich und rentabel sein. Alle Angebote in diesem Bereich müssen mit Qualifiziertem und von Casinos Ausgebildetes Personal durchgeführt werden. Die staatlichen Casinos müssen dafür in die Pflicht genommen werden Auszubilden und regelmäßig zu qualifizieren.

**Begründung:**

Mit diesem Antrag haben wir ein Alleinstellungsmerkmal unter den Parteien und wir sprechen besonders die Junge Generation damit an. Poker ist das einzige Kartenspiel das eine Reihe an Profis hervorgebracht hat die davon ihren Lebensunterhalt bestreiten. Es ist ein Spiel das sich online und auch live in Deutschland einer immer grösser werdenden Beliebtheit erfreut. Warum ist Poker ein Strategiespiel? Natürlich ist der Glücksanteil im Schnitt bei den unterschiedlichen Varianten unterschiedlich hoch aber ein guter Pokerspieler kann den Glücksanteil minimieren und gewinnt am meisten durch Logik und Strategie. Mit diesem Antrag sind wir dafür ein großes legales Angebot zu schaffen, damit bekämpfen wir also auch den Schwarzmarkt in den Hinterzimmern.

## WP013 - Wahlprogramm der Piraten Brandenburg - Bildungspolitischer Teil

Antragssteller: Bastian

**Antragstext:**

Den Antragstext bitte ich hier [Wahlprogramm LVBB2014 Teil 2 - Revision durch den Antragsteller](#) zu ersehen, da die Darstellung die Möglichkeiten des Antragportals übersteigen.

**Begründung:**

Die Anträge wurden in ungeordneter Reihenfolge beschlossen, teilweise überschneiden sich die Beschlüsse oder es gab Gegensätze, die aufgelöst werden müssen. Darüber hinaus war die Schreibweise fester Begriffe unterschiedlich und es waren eine Vielzahl an Rechtsschreibfehlern zu korrigieren.

**==> Die Datei ist ebenfalls auf der Seite des Landesparteitags 2014.1 und auf der Brandenburger Website neben dem Antragsbuch zu finden.**

## WP014 - Leichte Überarbeitung des beschlossenen Bildungsprogrammes (4 Module)

Antragssteller: Markus Hoffmann

**Antragstext:**

Hiermit wird beantragt, das bisher beschlossene Wahlprogramm zur Landtagswahl zum Thema Bildung durch den folgenden Text, der nur relativ geringfügige Änderungen sowie Unterüberschriften und Umsortierungen beinhaltet, zu ersetzen. Dabei soll zunächst über Modul 1 und 3 gemeinsam und dann über Modul 2 und über Modul 4 abgestimmt werden, da die Antragsteller den Text in Modul 2 für entbehrlich halten:

Vorrang für Bildung

- **Modul 1**

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Bildung soll den Einzelnen unterstützen, eigene Interessen und Fähigkeiten zu entdecken, seine Begabungen zu entfalten und Schwächen abzubauen. Ein gutes Bildungssystem begleitet unsere Kinder auf diesem Weg, indem es an ihrer natürlichen Neugier und ihrem Wunsch zu verstehen anknüpft. Es soll befähigen sich Werte und Wissen eigenständig anzueignen und kritisch zu hinterfragen. Unser Leitbild ist ein verantwortlich und selbstbestimmt handelnder Mensch.

Die Piratenpartei Brandenburg sieht den Staat in der Pflicht

- flächendeckend [1] einen freien Zugang zu Kindertageseinrichtungen und Schulen zu garantieren und die für den Betrieb notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen

- allgemeine Kompetenzstandards zu definieren, welche ausreichend Raum zur Profilbildung der Einrichtungen, sowie für individuelle Schwerpunktsetzungen sicher stellen
- die Qualität aller Bildungseinrichtungen regelmäßig, systematisch und öffentlich zu evaluieren.

Die Piratenpartei Brandenburg befürwortet Selbsteinschätzungen (Selbstevaluationen) der Schulen.

- **Modul 2**

Die PIRATEN erkennen insbesondere dort, wo der Staat selbst Träger einer Einrichtung ist, oftmals großen Entwicklungsbedarf hinsichtlich der individuellen Förderung und des Qualitätsmanagements. Das kontinuierliche Wachstum freier Träger ist neben fehlendem Geld unter anderem dem mangelndem Qualitätsbewusstsein in einer Vielzahl staatlicher Einrichtungen geschuldet.

- **Modul 3**

#### Mehr Handlungsspielräume für Bildungseinrichtungen

Um die Bedeutung jedes einzelnen Kindes zu stärken und Diskussionen um Bildungsqualität vor Ort zu fördern, streben wir im Grundsatz eine Finanzierung des Bildungssektors an, bei welcher das Geld dem Kind folgt. Die staatliche Aufgabe zur Sicherstellung einer Bildungsinfrastruktur im ländlichen Raum bleibt davon unberührt und wird über eine bedarfsdeckende Sockelfinanzierung garantiert. Wir wollen die Handlungsspielräume der einzelnen Einrichtung bei der Qualitätsentwicklung deutlich erweitern und die aktive Auseinandersetzung mit Fragen der Qualität und die Hinwendung zum einzelnen Kind befördern. Für uns heißt das konkret . . .

- mehr Geld für die Bildung. Erhöhung des Bildungsetats um mindestens 25%.
- keine weitere Verbeamtung von Lehrkräften
- Schaffung und Förderung der Möglichkeit zur Umwandlung von öffentlichen Kitas und Schulen in eigenständige Körperschaften, denn dies ist die Voraussetzung um vertragliche Vereinbarungen schließen zu können.
- die Hoheit der staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen über ihr Personal. Die Einrichtungen stellen ihr Personal selbstständig und eigenverantwortlich ein. Einstellungen erfolgen auf Beschluss der Schulkonferenz oder eines analog zur Schulkonferenz gestalteten KitaAusschusses.
- die Hoheit der Einrichtung über alle Personal-, Sach- und Betriebsmittel. Die Einrichtung erhält ein Globalbudget, welches sie selbstständig und eigenverantwortlich verwaltet.
- eine Finanzierung über ein virtuelles Bildungsguthaben durch das Land. Kitas und Schulen erhalten abhängig vom Alter und ggf. von besonderen Bedarfen einen fixen Betrag pro Kind zur Deckung ihres Aufwands.

Die Piratenpartei setzt sich für eine vollständige Finanzierung der Schulen durch das Land Brandenburg ein.

#### Ganztagsschulen

Die Piratenpartei Brandenburg spricht sich für mehr ganztägig aufgebaute Schulen aus. Lernen ist ein individueller Prozess. Ganztagschulen schaffen den Rahmen für einen entzerrten und rhythmisierten Tagesablauf, welcher den notwendigen Raum für ein an individuellen Bedürfnissen orientiertes Lernen erst ermöglicht. Kindern und Jugendlichen wird die Möglichkeit gegeben ihre individuellen Lernziele mit entsprechenden Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten zu erreichen. Hierbei liegt der Fokus stets darin, sie in ihrer Selbsttätigkeit zu stärken. Alle abgeforderten Leistungen müssen von den Kindern während der Schulzeit erbracht werden können. Schule muss sich den individuellen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen anpassen können. Dementsprechend ist sie flexibel aufgebaut: zeitlich, räumlich wie auch inhaltlich.

#### Für gesundes, kostenfreies Schulessen

Eine gesunde Ernährung ist für die Entwicklung eines Kindes wichtig. Essen in Bildungseinrichtungen soll nach Möglichkeit regional eingekauft werden und biologisch nachhaltig produziert sein. Vorrang soll eine frische Zubereitung am Standort unter Beteiligung der Kinder haben. Wissen um Zubereitung und Inhalt des Essens ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr und sollte deshalb in Kindertageseinrichtungen und Schulen entsprechend gewürdigt werden. Ansonsten stehen wir für kostenloses Essen an Schulen und Kindertageseinrichtungen ein, um sicher zu gehen, dass jedes Kind mindestens einmal am Tag eine gesunde warme Mahlzeit zu sich nimmt.

#### Unterrichtsfach Kommunikation und Umgang mit Medien

Kommunikation ist in der vernetzten, immer größer werdenden und sich ständig verändernden Gesellschaft wichtiger denn je. Das fängt vom Umgang mit sozialen Netzwerken an und reicht über Selbst- und Fremdwahrnehmung bis hin zur Kommunikation in Großgruppen. Dabei spielen auch Moderationstechniken und technische Kenntnisse wie der Umgang mit einem Mikrofon eine Rolle. Durch Feedback-Kultur, Rollenspiele, gewaltfreie Kommunikation und Partizipation kann eine konstruktive Kommunikation geübt werden. Wir Piraten in Brandenburg wollen diese Techniken fest als eigenständiges Unterrichtsfach "Kommunikation" in den Schulunterricht integrieren. Dadurch wird auch das Klima an den Schulen positiv beeinflusst werden.

Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass Medienerziehung ab der ersten Klasse Teil eines jeden Lehrplans ist. Der Umgang mit neuen Medien und dem Internet ist privat und beruflich heute für viele Menschen eine Selbstverständlichkeit. Unsere Kinder wachsen bereits in einer multimedialen Welt auf. Nur sind oftmals weder Eltern noch Schule in der Lage, sie auf ihrem Weg angemessen zu begleiten, sie zu stützen und ihnen Orientierung zu geben. Das Wissen um technische Grundlagen und Standardanwendungen sollte ebenso selbstverständlich sein, wie ein sicherer und aufgeklärter Umgang mit dem Netz und seinen Chancen und Risiken. Hierzu zählen insbesondere auch Datensicherheit und Datenschutz, sowie die Reflexion des eigenen Nutzungsverhaltens.

#### Fortbildung der Lehrkräfte

Lehrkräfte werden durch Fortbildung Multiplikatoren für eine bessere Kommunikation. Zur Qualitätssicherung soll es auf freiwilliger Basis zusätzliche Angebote von Supervision, Coaching und kollegialer Beratung für Lehrkräfte geben.

#### 3D-Drucker

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei setzt sich für eine Anschaffung der Infrastruktur für den 3D-Druck in Brandenburgs Schulen ein.

### Inklusion als Menschenrecht

Die Piratenpartei setzt sich für das Recht jeden Bürgers ein, an der Gesellschaft teilzuhaben und diese aktiv und frei von Diskriminierung mitzugestalten. Jeder Mensch wird als verschiedenartig und gleichwertig respektiert. Deshalb spricht sich die Piratenpartei ganz klar für die Umsetzung der Inklusion in allen Lebensbereichen aus. Das Ziel ist für jeden Menschen, anstelle von „Fürsorge“, ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu schaffen. In diesem Zusammenhang begrüßt die Piratenpartei die Umsetzung der "inklusiven Schule", in der jedes Kind mit jedem pädagogischen Bedürfnis teilhaben kann. Jedes Kind soll als Teil der Vielfalt zum gelingenden Unterricht beitragen können. Zur konsequenten Umsetzung der Inklusion fordert die Piratenpartei Brandenburg, dass Schulen zu den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale-soziale Entwicklung und Sprache geschlossen und die Schülerinnen und Schüler in Regelschulen eingegliedert werden. Auch Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten „geistige Entwicklung“, „Hören“, „körperliche und motorische Entwicklung“ und „Sehen“ haben das Recht auf gemeinsamen Unterricht und sollten vorzugsweise in der Regelschule eingeschult werden, wenn diese den Ansprüchen der Förderschwerpunkte gerecht wird. Eine entsprechende Ausstattung bzw. bauliche Anpassungen sind zu fördern und Lehrmittel nach Bedarf durch das Land zur Verfügung zu stellen.

### Weitere Voraussetzungen für ein Gelingen von Inklusion sind:

Familien sind umfassend zu informieren, zu beraten und zu begleiten. Hochschulen müssen Veranstaltungsangebote zu Inklusion, Umgang mit Heterogenität und Vielfalt, wie auch zu anderen sonderpädagogischen Inhalten als Standard für ein Studium für zukünftige Lehrkräfte anbieten. Im Blick auf offene Unterrichtsformen, individuelle Förderung aller Kinder und die sonderpädagogischen Förderschwerpunkte bedarf es verstärkter Fortbildung, Beratung und Begleitung der Lehrkräfte und des gesamten anderen Personals. Zusätzliche Stunden für den sonderpädagogischen Förderbedarf werden den Schulen pauschal entsprechend ihrer Gesamtschülerzahl zugewiesen. Die Stunden der Sonderpädagogen dürfen nicht in Vertretungsstunden fließen. Für Vertretungsstunden braucht jede Schule eine ausreichende Grundausstattung an Lehrpersonal. Die Schülerzahl ist auf 20 Kinder pro Klasse zu begrenzen. Weitere Unterstützungen der Lehrkräfte durch Schülerpraktikanten, Mediatoren, Sozialarbeit am Standort Schule oder andere sind notwendig und sollen sowohl finanziell als auch durch eine aufwertende Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden. Kein Schüler darf grundsätzlich aus Unterricht, Klassenzimmer oder Schulleben ausgeschlossen werden, egal ob aus sozialen, materiellen oder anderen Gründen. Die Voraussetzungen für eine faire Umsetzung von Inklusion sind die Einbindung inklusiver Werte, Strukturen und Praktiken in allen Lebensbereichen und die Stärkung der Akzeptanz der inklusiven Leitidee über eine klare Stellungnahme: innerparteilich, wie auch in der Öffentlichkeit.

Die Piratenpartei setzt sich im Rahmen der inklusiven Schule auch für einen individuellen Rechtsanspruch begabter Kinder auf besondere individuelle Förderung ein. Wir setzen uns dafür ein, dass perspektivisch an Schulen Kurse zum Erlernen der deutschen Gebärdensprache (DGS) angeboten werden. Entsprechende Lehrkräfte sollen vom Land ausgebildet werden.

- **Modul 4**

[1] Kita (30 min zu Fuß/ÖPNV) und Schule (Grundschule 30 min zu Fuß/ÖPNV)

(Anmerkung: der Fußnotenhinweis hinter "flächendeckend" im Modul 1 ist Teil von Modul 4)

**Begründung:**

Der Text wurde, abgesehen von einem Teil der Überschriften, von der Reihenfolge und von redaktionellen Änderungen, bereits geschlossen. Hier geht es überwiegend darum, dass die Form angeglichen wurde, dass die Lesbarkeit dadurch verbessert werden soll und dass der Landesparteitag sein o.k. dazu gibt. Einzig die Nicht-Wählbarkeit von Modul 2 und der Fußnote (Modul 4) soll die Möglichkeit geben, einen kurzen Teil des derzeitigen Wahlprogrammes herauszunehmen.

Dieser Text wurde, abgesehen von der Abgrenzung von Modul 4, von Nina Schmitz und Markus Hoffmann gemeinsam erarbeitet.

## WP015 - Seniorenbetreuung für Brandenburg

Antragssteller: Die\_Dine (via Mücke)

**Antragstext:**

Die Piraten Brandenburg fordern, dass ab dem Jahr 2014 in mindestens jeder 2. Gemeinde eine Seniorenbetreuung (1 bis 2 Mitarbeiter, je nach Größe) installiert wird, die sich um die Belange der älteren Menschen kümmert. Diese Seniorenbetreuung soll z.B. Veranstaltungen für und mit Senioren organisieren, bzw. Senioren zu Terminen begleiten, beraten oder Ihnen bei Anträgen oder sonstigen Erledigungen behilflich sein.

**Begründung:**

Aufgrund des demografischen Wandels nimmt die Zahl der älteren Menschen im Laufe der nächsten Jahre drastisch zu. Uns als Piraten ist es daher besonders wichtig, ältere Menschen zu helfen, die teilweise auf sich allein gestellt sind und mitunter keine finanziellen Mittel zur Verfügung haben. Rentner haben ein Leben lang gearbeitet und daher eine Unterstützung verdient.

## WP016 - Seniorenbetreuung für Brandenburg

Antragssteller: Die\_Dine (via Mücke)

**Antragstext:**

Die Piraten Brandenburg fordern, dass ab dem Jahr 2014 in mindestens jeder 2. Gemeinde eine Seniorenbetreuung (1 bis 2 Mitarbeiter, je nach Größe) installiert wird, die sich um die Belange der älteren Menschen kümmert. Diese Seniorenbetreuung soll z.B. Veranstaltungen für und mit Senioren organisieren, bzw. Senioren zu Terminen begleiten, beraten oder Ihnen bei Anträgen oder sonstigen Erledigungen behilflich sein.

**Begründung:**

Aufgrund des demografischen Wandels nimmt die Zahl der älteren Menschen im Laufe der nächsten Jahre drastisch zu. Uns als Piraten ist es daher besonders wichtig, ältere Menschen zu helfen, die teilweise auf sich allein gestellt sind und mitunter keine finanziellen Mittel zur Verfügung haben.

Rentner haben ein Leben lang gearbeitet und daher eine Unterstützung verdient.

## WP017 - Änderung Bildungspolitisches Programm in Bezug auf Medienerziehung

Antragssteller: MorgenlandfahrtBRB

### Antragstext:

Der Parteitag möge beschliessen die Absätze des Bildungsprogramms:

"Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass Medienerziehung ab der ersten Klasse Teil eines jeden Lehrplans ist. Der Umgang mit neuen Medien und dem Internet ist privat und beruflich heute für viele Menschen eine Selbstverständlichkeit. Unsere Kinder wachsen bereits in einer multimedialen Welt auf. Nur sind oftmals weder Eltern noch Schule in der Lage, sie auf ihrem Weg angemessen zu begleiten, sie zu stützen und ihnen Orientierung zu geben. Das Wissen um technische Grundlagen und Standardanwendungen sollte ebenso selbstverständlich sein, wie ein sicherer und aufgeklärter Umgang mit dem Netz und seinen Chancen und Risiken. Hierzu zählen insbesondere auch Datensicherheit und Datenschutz, sowie die Reflexion des eigenen Nutzungsverhaltens.

- Unterrichtsfach Kommunikation

Kommunikation ist in der vernetzten, immer größer werdenden und sich ständig verändernden Gesellschaft wichtiger denn je. Das fängt vom Umgang mit sozialen Netzwerken an und reicht über Selbst- und Fremdwahrnehmung bis hin zur Kommunikation in Großgruppen. Dabei spielen auch Moderationstechniken und technische Kenntnisse wie der Umgang mit einem Mikrofon eine Rolle. Durch Feedback-Kultur, Rollenspiele, gewaltfreie Kommunikation und Partizipation kann eine konstruktive Kommunikation geübt werden. Wir Piraten in Brandenburg wollen diese Techniken fest als eigenständiges Unterrichtsfach "Kommunikation" in den Schulunterricht integrieren. Dadurch wird auch das Klima an den Schulen positiv beeinflusst werden.

- Fortbildung der Lehrkräfte

Selbstevaluationen (Selbsteinschätzungen) der Schulen und Fortbildung der Lehrkräfte über Kommunikationstechniken wollen wir fördern. Ebenso soll es auf freiwilliger Basis zusätzliche Angebote von Supervision, Coaching und kollegialer Beratung für Lehrkräfte geben."

durch folgenden Absatz zu ersetzen:

"Kommunikation und Medienerziehung ist in der vernetzten, immer größer werdenden und sich ständig verändernden Gesellschaft wichtiger denn je. Das fängt vom Umgang mit sozialen Netzwerken an und reicht über Selbst- und Fremdwahrnehmung bis hin zur Kommunikation in Großgruppen. Das Wissen um technische Grundlagen und Standardanwendungen sollte ebenso selbstverständlich sein, wie ein sicherer und aufgeklärter Umgang mit dem Netz oder Moderationstechniken und eine Feedback-Kultur. Wir Piraten in Brandenburg wollen dieses Wissen und Können als festen Bestandteil des Lehrplans ab der 1. Klasse verankern."

### Begründung:

Kurz und knackig. Dopplungen fallen weg. Das Unterrichtsfach Kommunikation lässt sich noch

herauslesen und ist durch das Programm gedeckt, aber wir müssen uns nicht darauf festnageln lassen. Zentrale Probleme mit dem eigenständigen neuen Unterrichtsfach:

- Länger Schule für die Kinder, oder welches andere Fach soll gekürzt werden?
- Verschulung von Kommunikation als Fach bedeutet Unterricht nach starrem Lehrplan, z.B. Rollenspiele 7. Klasse, Feedbackkultur 9. Klasse usw. Dies ist zwingend, da es zentrale Prüfungen für mittlere Reife und Abitur gibt. Haben wir uns das so vorgestellt?
- Schulwechsel nach Brandenburg wird erschwert, da Zuzügler noch nie in diesem Fach unterrichtet wurden. Gerade mit Blick auf Berlin und den Speckgürtel kritisch.

## WP018 – einheitliche gesetzliche Haftpflicht für Hebammen

**Antragssteller:** Mandy

**Antragstext:**

Der Landesparteitag möge beschließen folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

„... Hebammen nehmen in unserer Gesellschaft eine bedeutende Rolle ein, sie sind zumeist der erste Ansprechpartner in der Geburtshilfe und betreuen die Familien noch lange über die Geburt hinaus. Trotz der großen Wertschätzung in der Bevölkerung werden Hebammen bereits jetzt zu schlecht bezahlt. Zusätzlich werden sie durch die immer größer werdenden Kosten der Berufs-Haftpflicht belastet. Durch den angekündigten Ausstieg eines Versicherers aus dem letzten Versicherungskonsortium für Hebammen droht nun das komplette Aus für den gesamten Berufsstand. Die Piraten Brandenburg fordern deswegen eine einheitlich gesetzliche Haftpflichtversicherung für alle Hebammen. Diese soll sich an der individuellen Einkommenssituation orientieren. Nur so kann gewährleistet werden, dass Hebammen weiterhin neben der ärztlichen Betreuung den engen Kontakt zu den Familien aufrecht erhalten und mit Rat und Tat zur Seite stehen können. ...“

**Begründung:** -

## Sonstige Anträge

### X001 - Keinen Datenpool schaffen

Antragssteller: Bastian

**Antragstext:**

Der Landesverband Brandenburg lehnt es ab, Mitgliederdaten in einem Datenpool zu sammeln.

**Begründung:**

Laut §2 Absatz 2 Bundesatzung führt die Bundespartei ein zentrales Piratenverzeichnis. Ziel eines solchen Verzeichnisses ist die eindeutige Zuordnung einer Identität zu einer Mitgliedsnummer, um den Erfordernissen des Parteiengesetzes nach § 24 Absatz 3 Satz 2 Parteiengesetz zu erfüllen. Dieses Erfüllungsgebot kann sehr einfach durch die datensichere Zusammenführung von Zuwendungen der einzelnen Mitglieder eines Landesverbandes im Sinne des § 24 Absatz 3 Satz 2 Parteiengesetz erreicht werden, ohne dass diese eine zentrale Speicherung voraussetzt. Die Bundespartei ist nicht für die Verwaltung der Mitglieder zuständig. Zuständig ist die niedrigste Gliederung gemäß § 3 Absatz 1 Ziffer 1 Bundessatzung. Alle Daten, die über diesen Zweck hinaus erfasst werden, sind nicht zu erfassen bzw. zu löschen.

### X002 - Beitragseinzug durch den Landesverband

Antragssteller: Bastian

**Antragstext:**

Der Landesverband Brandenburg ist und bleibt selbst für den Einzug der Mitgliedsbeiträge zuständig.

**Begründung:**

Es gibt Bestrebungen des Bundesvorstandes, die Mitgliedsbeiträge selbst (zentral) per Lastschrift einzuziehen. Dieses Verfahren untergräbt die Souveränität des Landesverbandes Brandenburg, da er keinen Zugriff mehr auf die dringend benötigten Einnahmen hat. Insofern wird er abhängig davon, welche Beträge der Bundesverband an den Landesverband abzüglich irgendwelcher Aufwendung weiterleitet. Gegen einen Einzug der Mitgliedsbeiträge per Lastschrift durch den Landesverband selbst bestehen grundsätzlich keine Bedenken, allerdings bestehen Kostenrisiken wegen geplatzter Lastschriften. Im Übrigen kann der Landesverband über die eingegangenen Gelder (per Lastschrift) solange nicht verfügen, bis das Kreditrisiko nicht ausgekehrt ist. Kosten für den Einzug per Lastschrift fallen ebenfalls an.

### X003 - Einrichtung einer ständigen Redaktionskommission

Antragssteller: Bastian

**Antragstext:**

Der Landesverband Brandenburg beschließt die Einsetzung einer ständigen Redaktionskommission zur Überarbeitung des Grundsatz- und Wahlprogramms.

**Begründung:**

Sinnvollerweise werden auf den Parteitagen Anträge zum Grundsatz- und Wahlprogramm beschlossen. Diese reihen sich in vielen Fällen weder thematisch noch semantisch in das bereits beschlossene Programm ein. Daher ist die Einsetzung einer ständigen Redaktionskommission sinnvoll.

## X004 - Unterstützung der internationalen Koordination

**Antragssteller:** Bastian

**Antragstext:**

Der Landesverband Brandenburg unterstützt die Arbeitsfähigkeit der PPI und PPEU.

**Begründung:**

Die internationale Bewegung ist die wichtigste Basis für unser politisches Wirken. Hierzu sind organisatorische wie auch materielle Mittel im Rahmen der Möglichkeiten des Landesverbandes Brandenburg zur Verfügung zu stellen.

## X005 - LSM

**Antragssteller:** Uk

**Antragstext:**

Der Landesparteitag möge einen Landesschatzmeister wählen.

Begründung: -

## X006 - Unfallversicherung abschließen

**Antragssteller:** Bastian

**Antragstext:**

Es ist eine Ehrenamtsversicherung abzuschließen, damit alle Aktiven bei der Ausübung Ihrer Tätigkeiten unfallversichert sind.

Die Umsetzung erfolgt durch den Landesvorstand.

**Begründung:**

Bundesweit ist hierfür die VBG (Verwaltungsberufsgenossenschaft) ein Ansprechpartner. Die Kosten pro Mitglied und Jahr betragen 2,73 EUR (knapp drei Euro). Eine Begrenzung auf tatsächlich aktive Mitglieder (kann man auch an der Stimmberechtigung bemessen) ist möglich.

[http://www.vbg.de/DE/1\\_Mitgliedschaft\\_und\\_Beitrag/1\\_Mitgliedschaft/3\\_Ehrenamtsversicherung/4\\_Parteien/partien\\_node.html](http://www.vbg.de/DE/1_Mitgliedschaft_und_Beitrag/1_Mitgliedschaft/3_Ehrenamtsversicherung/4_Parteien/partien_node.html)

## X007 - Beisitzer für den Landesvorstand wählen

**Antragssteller:** Bastian

**Antragstext:**

Auf dem LPT 2014.1 sollen mindestens zwei (weitere) Beisitzer gewählt werden.

**Begründung:**

Auf dem LPT 2014.1 sind ohnehin aus gesetzlichen Gründen Wahlen anzusetzen. Seit der letzten Wahl des Landesvorstandes zeigt sich, dass die Vorstandarbeit fast zum Erliegen gekommen ist. Wichtige Fristen werden nur nach Mahnungen eingehalten. Dies scheint durch die berufliche und private Überlastung des amtierenden Landesvorstandes begründet zu sein. Auch die Delegation von \$Dingen scheint nicht zu funktionieren. Mails bleiben wochenlang unbeantwortet. Vorstandssitzungen sind nur noch zufällig beschlussfähig.

Insofern ist es geboten, den Vorstand breiter aufzustellen.

## **X008 - Barrierefreie Veranstaltungen der PIRATEN Brandenburg**

**Antragssteller:** XHecke

**Antragstext:**

Der Landesparteitag möge beschliessen:

Alle Landesparteitage der PIRATEN Brandenburg sind barrierefrei zu organisieren.

**Begründung:**

Bauliche Barrieren grenzen Menschen mit Behinderung aus. Die politische Teilhabe für alle Menschen sollte für die PIRATEN Brandenburg selbstverständlich sein.

## **X009 - Ablehnung von Gewalt und Gewaltverherrlichenden Aktionen**

**Antragssteller:** Dreamman72

**Antragstext:**

Wir Brandenburger Piraten distanzieren uns von allen Gewalt und Gewaltverherrlichenden Aktionen und verurteilen Sie auf das schärfste. Da für uns Gewalt von einzelnen oder Gruppen in keinem Fall eine politisches Mittel oder eine Lösung darstellt. Wir beauftragen hiermit unsere Landesvorstände zeitnah innerhalb von maximal 48 Stunden auf solche Situationen, in die Mitglieder unserer Partei verwickelt sind, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu reagieren und unsere Positionen dazu klar und unmissverständlich zu vertreten.

**Begründung:**

So etwas ist unter anderem Image schädigend für den Landesverband auch wenn die handelnden Personen nicht aus dem eigenen LV sind.

## **X010 - Themenauswahl zur Landtagswahlkampagne (Approval Voting)**

**Antragssteller:** Pirat37304

**Antragstext:**

Der Parteitag möge beschließen, dass die Beschränkung auf drei Themen für die Kampagne zur Landtagswahl die folgenden Themenkomplexe sind:

- a.) Bauen, Verkehr und Infrastruktur
- b.) Bildung, Jugend und Sport
- c.) Gesundheit und Pflege
- d.) Transparenz
- e.) Demokratie und Bürgerbeteiligung
- f. ) Bürgerrechte und Datenschutz
- g.) Umwelt und Energie
- h.) Inneres
- i. ) Sozialpolitik
- j. ) Suchtpolitik
- k.) Wirtschaftspolitik
- l. ) Haushalt und Finanzen
- m.) Flughafen BER
- n.) Demographischer Wandel

(Bitte die Alternativen mit Approval-Voting gegeneinander abstimmen.)

**Begründung:**

Auf dem LPT 2013.2 haben wir die Beschränkung auf drei (Haupt-)Themen im Landtagswahlkampf beschlossen. Leider kamen wir nicht mehr dazu, diese näher festzulegen. Dieser Antrag entspricht daher dem Antrag X019 vom LPT 2013.2 von [MorgenlandfahrtBRB](#). Lediglich das nun nur noch drei Themen (Ergebnis vom LPT 2013.2) zu benennen sind, wurde eingearbeitet.

## **X011 - legitime Protestformen: Sit-ins und (Sitz-)blockaden**

**Antragssteller:** Pirat 05

**Antragstext:**

Sit-ins und (Sitz-)Blockaden anerkennen wir als legitime Protestform mit langer Tradition und sehen ihn ihnen an sich keine Gewalthandlung.

**Begründung:**

Dieser Antrag ist eine Ergänzung zu X009.

## **X012 - Lizenzen anpassen**

**Antragssteller:** Uk

**Antragstext:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Lizenzen des Landesblogs und des Landeswikis werden auf die neue Creative Commons Lizenz - Version 4.0 - Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA

4.0) <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de> umgestellt. Die neue Lizenz gilt auch für bereits bestehende Inhalte und Werke ohne explizite Lizenzangabe.

**Begründung:**

Die neue Version bringt einige, wichtige Veränderungen mit, siehe z.B.

<http://www.creativecommons.ch/creative-commons-4-0-was-ist-neu-was-bleibt-gleich/>

## Positionspapiere

### Q001 - Energieleitbild 2034

Antragssteller: Tojol

**Antragstext:**

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgenden Antrag an geeigneter Stelle als Positionspapier aufzunehmen: Leitbild Energie im Jahre 2034

Die folgende Darstellung beschreibt die piratischen Vorstellungen der Energieversorgungsstruktur im Jahre 2034:

Energie wird komplett nachhaltig aus natürlichen Energiequellen gewonnen. Der weitaus größte Teil des Stroms wird mit preiswerten Photovoltaikanlagen und Windkraftanlagen gewonnen und ist für den Enverbraucher bezahlbar.

Praktisch jeder Gebäude-Neubau integriert eine ästhetisch befriedigende Photovoltaikanlage, auch die meisten älteren Gebäude sind je nach Möglichkeit damit ausgestattet. Weit verbreitet sind ebenso gebäudeintegrierte oder -nahe Kleinwindenergieanlagen als wenig störende Vertikalläufer. Bei Einfamilienhäusern produzieren diese Kleinanlagen regelmäßig übers Jahr deutlich mehr Strom, als im Haushalt verbraucht wird, in Mehrfamilienhäusern sowie in Industrie- und Verwaltungsbauten erbringen sie einen nennenswerten Anteil. Der produzierte Strom wird soweit wie möglich sofort selbst genutzt, ansonsten zur Vermeidung von finanziellen Verlusten über den Zeitraum von bis zu einem Monat in leistungsfähigen Akkumulatoren (z.B. auf Lithium-Ionen-Basis) innerhalb des Gebäude-Stromnetzes zum Ausgleich von Last- und Verbrauchs-Unterschieden gespeichert. Überschussstrom wird zu einem garantierten Preis in das allgemeine Stromnetz eingespeist. Von diesem kann umgekehrt Strom zu einem höheren Preis wieder bezogen werden.

Da der mit den Gebäuden erwirtschaftete Strom noch nicht den kompletten Bedarf deckt, erzeugen zusätzlich Photovoltaik-Freiflächenanlagen und Windparks sowie Geothermie- und Wasserkraftanlagen Strom.

Das Gesetz zur Sicherstellung der Versorgung mit nachhaltig gewonnener Elektrizität (SiVNEG) hat das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst und garantiert Kleineinspeisern mit einem Jahres-Überschussstrom von bis zu 15000 kWh die Vorrangsleistung zu einem Festpreis von 0,15 €/kWh. (Anmerkung: Geldgrößen orientieren sich am Jahr 2014 und enthalten keine Umsatzsteuern; die Entwicklung der Steuern, der Inflation und der Bestand der Euro-Währung überhaupt ist derzeit nicht absehbar.) Die gleiche Vorrangsleistung wird genossenschaftlich organisierten Stromerzeugern gewährt, sofern auf das einzelne Mitglied der Genossenschaft nicht mehr als die dreifache durchschnittliche Stromerzeugung im Regulierungsgebiet entfällt. Hierdurch wird die Partizipation breiter Bevölkerungsschichten erreicht. Der Strom aus von klassischen Kapitalunternehmen betriebenen Anlagen wird zu Marktpreisen vergütet.

Mit dieser Versorgungsregelung ist es gelungen, an 70% der gehandelten, also nicht

selbstverbrauchten, elektrischen Energie 50% der Bürger finanziell zu beteiligen, wodurch eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht wurde.

Die Niederspannungs-Stromnetze befinden sich weitgehend in kommunaler Hand und werfen bescheidene Gewinne ab. Teilweise werden sie auch von Bürgergesellschaften betrieben; da sie zur Daseinsvorsorge gerechnet werden, sind sie den Kapitalinteressen von Großunternehmen entzogen. Viele Niederspannungs-Netzbetreiber betreiben Stromspeicher zum Ausgleich jahreszeitlicher Unterschiede zwischen Strombedarf und -erzeugung. Der Großteil des zu speichernden Stroms wird in Methan umgewandelt und über die alten Erdgasnetze in Erdgasspeichern eingelagert, ein beträchtlicher Anteil wird auch zum Betrieb von Elektrofahrzeugen mit Wasserstoff genutzt. In ländlichen Gebieten wird Methan ebenfalls aus landwirtschaftlichen Abfallprodukten gewonnen, mangels Förderung lohnt sich der Anbau von Energiepflanzen jedoch nur noch in Ausnahmefällen.

Mit dem so gewonnenen Methan werden in vielen, insbesondere freistehenden, Gebäuden Blockheizkraftwerke zur Gebäudeheizung betrieben, wobei der dabei erzeugte Strom den SiVNEG-Regulierungen unterliegt. In den meisten, insbesondere neueren Gebäuden beruht die Heizung jedoch auf Erdwärme, entweder oberflächennah, oder indirekt über Fernwärmennetze, die durch Tiefenbohrungen betrieben werden.

Der Abbau fossiler Energieträger ist ebenso wie die Kernenergie vollständig beendet worden. Die Energiekonzerne haben ihren Geschäftsbereich auf die Erzeugung nachhaltigen Stroms vor allem durch große Freiflächen-Fotovoltaikanlagen und Windparks, aber auch mit Wasserkraft- und Geothermieranlagen sowie auf die effiziente Speicherung von Strom verlagert. In diesen Bereichen konkurrieren sie mit der regulierten Stromversorgung und ergänzen sie sie. Photovoltaik- und Windenergieerzeugungsanlagen im Industriemaßstab werden vor allem auf (ehemals militärischen) Konversionsflächen und auf Braunkohlefolgeflächen betrieben. Sie sind jedoch zeitlich auf 30 Jahre befristet und sind an die Meliorisation des Bodens gebunden. Zur Energiespeicherung betreiben die Energiekonzerne zudem die alten Erdgasspeicher sowie Druckluft- und Lageenergiespeicher. Ringwallspeicher in den gefluteten Tagebauabbaulöchern haben sich aufgrund von Bürgerprotesten und weggefallener Subventionierung bis auf einen Prototypen im Cottbuser Ostsee nicht durchgesetzt.

Diese Versorgungsstruktur hat dazu geführt, daß die Verbraucherpreise für Strom sich nach dem starken Anstieg aufgrund der Verknappung des Erdöls und der Verteuerung des Erdgases im Wesentlichen an den Kosten der Speicherung orientieren und sich auf etwa 0,45 €/kWh eingependelt haben. Dieser stabile Energiepreis bei gleichzeitig weitgehender Selbstversorgung trägt wesentlich zur Befriedung der Gesellschaft bei.

Das staatlich regulierte Übertragungs- und Verteilstromnetz ist gegenüber der Zeit der zentralisierten, fossilen Stromerzeugung deutlich ausgebaut worden, um die lokalen Verbrauchs- und Erzeugungsunterschiede auszugleichen. Jedoch ist der Ausbau im Höchst- und Hochspannungsbereich deutlich unter den Erwartungen geblieben, insbesondere nachdem die Methanisierung im großen Maßstab marktreif wurde und die vorhandenen Erdgasnetze eine effizientere Möglichkeit des Energietransportes boten.

Es läßt sich feststellen, daß die beschriebene nachhaltige Stromversorgungsstruktur im Jahr 2034 die

herkömmliche, auf der Verbrennung fossiler Rohstoffe und der Nutzung nicht beherrschbarer Kernspaltungsprozesse beruhende schneller abgelöst hat als bei der Einleitung der Energiewende und bei der erneuten Abkehr vom Atomstrom durch die Merkel-Regierung erwartet. Beigetragen haben hierzu vor allem der Erdöl-Verknappungsschock und eine dadurch ausgelöste breite gesellschaftliche Konsensfindung über die Energieziele, die jetzt weitestgehend umgesetzt sind. Die noch vorhandenen Interessenskonflikte vor allem zwischen der Masse der Kleinenergieerzeuger und den Kapitalinteressen der alten und neuen Energiekonzerne haben stark an Bedeutung verloren, da beide Bereiche ihre stabilisierende Bedeutung im Energiemarkt gefunden haben.

**Begründung:****Vorspann**

Wie können wir in 20 Jahren leben? Um zu wissen, wohin wir uns orientieren wollen, ist es sinnvoll, Vorstellungen für eine gute Lebensumgebung in einem gestaltbaren Zeitraum, aber nicht nur als unmittelbare Reaktionen auf aktuelle Ereignisse zu entwickeln. Die folgenden Darstellung für den Energiebereich soll idealerweise in einem piratischen Leitbild für Brandenburg in 20 Jahren münden und eine Orientierung für aktuelle, kurzfristige Wahlprogramme bieten. Eine Einbindung ins Grundsatzprogramm oder die Verabschiedung als Positionspapier ist denkbar.

Mit diesem Positionspapier soll plastisch dargestellt werden, wie die Energieversorgung in 20 Jahren aussehen kann. Diese Vision ist aus derzeitiger Perspektive, nicht statisch und exakt in dieser Form extrem unwahrscheinlich, sie bietet aber eine Ziel-Orientierung.

Anmerkung: Dieser Antrag wurde bereits zum letzten LPT als "Energieleitbild 2033" eingestellt, kam aber nicht zur Abstimmung.

Der Ursprungstext

<https://wiki.piratenbrandenburg.de/Benutzer:Tojol/Verschiedenes/LeitbildEnergie2032> stammt vom Oktober 2012; die "konterrevolutionären" Entwicklung im Energiebereich haben sich mittlerweile deutlich verschärft, aber als Orientierung funktioniert der Text noch heute.

## **Q002 - Zukunft(s) Land Brandenburg**

**Antragssteller:** TheBug, Tojol, kannstewissen

**Antragstext:**

Der Landesverband soll für die Landtagswahl in 2014 eine umfassende Zukunftsvision für das Land Brandenburg entwickeln. Dieses Positionspapier dient als Ausgangspunkt für die Erstellung eines umfassenden Strukturprogrammes mit dem die vorhandenen Potenziale genutzt werden können und das Land aus seinem Dornröschenschlaf geweckt wird. Um das Thema weiter zu vertiefen ist kurzfristig eine erste Konferenz unter Einbeziehung von Berlin abzuhalten. Abhängig von den Ergebnissen sind weitere Konferenzen abzuhalten, um ein umfassendes und tragfähiges Konzept zu erarbeiten.

Rohentwurf für eine Zukunftsvision für Brandenburg

Brandenburg ist durch eine in der Fläche alternde und schwindende Bevölkerung und geringe

Industrialisierung mit wenig Vielfalt gekennzeichnet. Prosperierende Regionen gibt es nur in wenigen Ballungsgebieten und im direkten Umfeld von Berlin. Die bisherige Politik mit ihrer Konzentration auf Großprojekte scheint unfähig die vorhandenen Potenziale zu nutzen und betreibt Infrastrukturbau, statt Chancen zu realisieren.

Schulen werden wegen zu weniger Schüler geschlossen und Hochschulen werden fusioniert um Geld zu sparen. Qualitativ hochwertige Schulen und Hochschulen als Standortvorteil zu fördern wäre hier der richtige Ansatz.

Die große Fläche mit niedriger Bevölkerungsdichte bietet viele Möglichkeiten der Nutzung. Platz für ökologische Landwirtschaft, Raum für Erholungsgebiete und Naturlandschaften, Optionen für Expansion Wirtschaft und Infrastruktur ohne Beeinträchtigung von Anwohnern. Gleichzeitig stellt die Fläche Herausforderungen an die Infrastruktur, lange Wege müssen durch innovative Ideen und moderne Kommunikationstechnik vermieden werden.

Aus der vorhandenen Situation sehen wir eine einmalige Chance, die Kombination von großen Flächen, starker Landwirtschaft, guten Hochschulen, einem bereits sehr hohen Anteil erneuerbarer Energien und der Lage der deutschen Hauptstadt in der Mitte des Landes dazu zu nutzen eine nachhaltige und leistungsfähige Wirtschaft aufzubauen.

Um dieses Ziel zu erreichen müssen einige bestehende Strukturen verändert werden. Dabei wird es eine Verschiebung von Arbeitsplätzen geben, aber netto einen deutlichen Zuwachs und eine bessere Verteilung in der Fläche. Damit kann mehr Lebensqualität durch kürzere Arbeitswege gewonnen und ein Anreiz gegen den Bevölkerungsschwund in der Fläche geschaffen werden. Ein Schlüsselfaktor dafür wird der Umbau der Energieversorgung auf komplette Nachhaltigkeit sein. Die dafür notwendigen Anlagen und gezielte Verbesserung von Standorten schaffen neue Arbeitsplätze.

Der massive Braunkohleabbau zum Zweck der Verstromung im Süden des Landes schafft mehr Probleme, als er Vorteile bietet und hat seine Berechtigung nur noch in der Vermeidung eines allzu abrupten Strukturwechsels. Abtragen ganzer Ortschaften, dauerhafte Zerstörung von Landschaft, Verockerung der Spree, starker Ausstoß von CO<sub>2</sub> und anderer Schadstoffe sowie der Zerstörung von touristischen und landwirtschaftlichen Potenzialen sind die Begleiter einer veralteten Technologie zur Stromerzeugung. Durch massiven Abbau der Arbeitskräfte hat die Braunkohle in Brandenburg nur noch ca. 5000 Beschäftigte, die erneuerbaren Energien bieten bereits ein Vielfaches der Arbeitsplätze.

Mit den erneuerbaren Energien ist bereits jetzt eine Spitzenerzeugungskapazität vorhanden, die die Netzkapazität von Brandenburg überfordert. Bei gleichzeitig guten Wind- und Sonnebedingungen kann der erzeugte Strom also nicht abtransportiert werden. Der Bau von Speichern und die lokale Ansiedlung von verbrauchsflexibler energieintensiver Industrie sind naheliegende Optionen um dieses Problem in eine Chance zu verwandeln.

Anstatt also weiter die Landschaft für Braunkohle zu vernichten, sollen die vorhandenen Flächen für den Bau nachhaltiger Anlagen und Speicher verwendet werden. Dabei ist auch der Bau von Großspeichern z.B. unter Nutzung der vorhanden Erdgas-Transport- und Speichersysteme oder nach dem Konzept des Ringwallspeichers in Erwägung zu ziehen. Die durch den Braunkohletagebau zerstörten Flächen könnten für den Bau von Speichersystemen sowie Solar- und Windparks genutzt

werden

Zur Umwandlung von Überschusstrom in Wasserstoff bzw. Methan (Power-to-Gas) zur Einspeisung in die Erdgasnetze existieren bereits einsatzfähige Prototypen in Brandenburg; derartige Entwicklungen durch KMUs benötigen zur Hochskalierung bei fallenden Stückkosten vor allem verlässliche politische Rahmenbedingungen.

Speicher- und Erzeugungsanlagen sollen über das gesamte Landesgebiet verteilt aufgebaut werden. So wird der Transportweg für Strom verkürzt und es entstehen in der Fläche neue Arbeitsplätze. Die Wertschöpfung wird so regionalisiert und die Konzentration auf wenige Ballungsgebiete reduziert.

Da absehbar eine massive Spitzen-Überversorgung des Landes mit Strom erreicht werden wird, ist Berlin in diese Planung mit einzubeziehen. Die Stadt hat relativ wenige Möglichkeiten, selber große nachhaltige Erzeugungskapazitäten abgesehen von Photovoltaik aufzubauen.

Die Vollversorgung mit erneuerbaren Energien stellt absehbar die einzige denkbare effektive Preisbremse für Energiekosten dar, und sie ermöglicht gleichzeitig über ihre dezentrale Erzeugung eine Partizipation weiter Bevölkerungsschichten, sei es durch eigene Kleinstanlagen oder durch die Beteiligung und auch Mitbestimmung bei genossenschaftlich organisierten Modellen, wodurch eine dauerhaft hohe Akzeptanz gesichert wird.

Von einer zeitweiligen Überversorgung kann auch energieintensive Industrie profitieren, die gezielt in der Lage ist, kurzfristig hohe Angebote von günstiger Energie zu nutzen. Durch die Schaffung symbiotischer Wirtschaftsparken sollen Unternehmen angesiedelt werden, die voneinander profitieren, z.B. indem Prozesswärme oder -kälte und ggf. Abfallprodukte weitergereicht werden an benachbarte Betriebe, die diese weiter nutzen können.

Mit solchen Nutzungsketten werden zum Beispiel Konzepte wie das Kryorecycling attraktiv. Kryorecycling verwendet Tieftemperatur um Stoffe voneinander zu trennen. Kombiniert man dieses z.B. mit der Gewinnung von technischen Gasen und versorgt die Anlagen vorzugsweise mit Überschusstrom aus erneuerbaren Quellen, so steigt die Wirtschaftlichkeit erheblich.

Durch seine Vorreiterrolle im Bereich der erneuerbaren Energien, und in der Nutzung des breiten energiepolitischen Fachkenntnisses gerade im Süden hat Brandenburg gute Voraussetzungen, in einer Welt, die nach Alternativen sucht, eine positive -auch wirtschaftlich verwertbare- Vorreiterrolle zu spielen.

Sofern Förderungen für diese Maßnahmen vergeben werden sind diese so aufzubauen, dass keine Subventionsheuschrecken damit angelockt werden, sondern nachhaltig handelnde Unternehmen, die dem Standort treu bleiben.

Wir brauchen Infrastruktur und gute Lebensbedingungen im gesamten Land, nicht nur in wenigen Ballungsgebieten. Die Probleme in Brandenburg sind teilweise groß, aber die Potenziale sind es auch, was fehlt ist ein entschlossener Schritt weg von der Problemfixiertheit hin zu einer Zukunftsvision und entschlossenem Eintreten dafür.

#### **Begründung:**

Der Politik in Brandenburg fehlt es an einer Vision für die Zukunft. Man ist erstarrt in den Problemen

des hier und jetzt, unfähig die Weichen zu stellen für die nächsten Jahrzehnte.

PIRATEN stehen für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit, also lasst uns danach handeln und einen Weg für die Zukunft finden.

Anmerkung: Dieser Antrag wurde bereits zum letzten LPT, kam aber nicht zur Abstimmung.

## **Q003 - Modernes Abi**

**Antragssteller:** Montezuma

**Antragstext:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piraten Brandenburg befürworten die Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren.

Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler erhalten wahlweise - zum Abitur nach 13 Schuljahren - die Möglichkeit zum Abitur bereits nach 12 Schuljahren.

**Begründung:**

Der Antrag besteht aus 2 Modulen, welche gesondert abgestimmt werden sollen.

13 Schuljahre auf dem Weg zum Abitur bedeuten etwas weniger Stress und eine Entlastung für alle Beteiligten. Eine bessere Förderung der Schülerinnen und Schüler ist so möglich.

Das Land Niedersachsen hat jetzt als erstes Bundesland die Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren geebnet. Wahlweise haben dort die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Abitur bereits nach 12 Schuljahren, siehe hierzu <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/g8-abitur-niedersachsens-schulministerin-verkuendet-schulreform-a-959914.html>